

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 44 (1952)  
**Heft:** 8  
  
**Artikel:** Die amerikanischen Gewerkschaften und die Präsidentenwahl  
**Autor:** Leichter, Otto  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-353550>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die amerikanischen Gewerkschaften und die Präsidentenwahl

Alle amerikanischen Gewerkschaften haben gegenwärtig kaum weniger als 20 Millionen Mitglieder: die American Federation of Labor (AFL) 8 Millionen, der Congress of Industrial Organizations (CIO) 6 Millionen, die Railroad Brotherhoods, die keiner der beiden Gewerkschaftszentralen angeschlossen sind, ungefähr 3, die Bergarbeiter, die keiner Spitzenorganisation angehören, mehr als eine halbe Million Mitglieder und die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften, die mit keiner der genannten Organisationen zusammenarbeiten, insgesamt wohl kaum weniger als 2 Millionen. Mit Familienangehörigen ist das ein Block von 40 bis 50 Millionen Menschen. Da es in keiner der bisherigen Präsidentenwahlen mehr als 55 Millionen Wähler gegeben hat, müßte eine halbwegs geschlossene Abstimmung dieses gewaltigen Blocks von Wählern in jeder Wahl die Entscheidung herbeizuführen imstande sein, wenn nur *alle* Gewerkschaftsmitglieder und ihre Familienangehörigen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten und wenn sie auf eine einheitliche Parole der amerikanischen Arbeiterbewegung — und Arbeiterbewegung heißt in den Vereinigten Staaten: Gewerkschaftsbewegung — hörten.

In diesen beiden «Wenn» sind freilich die Probleme der politischen Aktion der amerikanischen Gewerkschaften enthalten. Wie weit sind die Gewerkschaften in der Lage, ihre Mitglieder zu politischen Aktionen zu mobilisieren, ebenso wie sie sie in wirtschaftliche Aktionen führen? Und wie weit vermögen die Gewerkschaften eine einheitliche Parole in einer Präsidentenwahl auszugeben und durchzusetzen? Diese beiden Grundfragen im Hinblick auf die im Gang befindliche Präsidentenwahl zu beantworten, ist die Voraussetzung für eine richtige Einschätzung des Einflusses, den die Gewerkschaften auf die kommende große Entscheidung in der amerikanischen Politik haben werden.

### *Inhalt und Technik der politischen Aktion der Gewerkschaften*

Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich erst vor wenigen Jahren in das Gewühle politischer Aktion gestürzt. Erst die großen sozialen Reformen der Roosevelt-Aera haben den CIO im Jahre 1944 veranlaßt, politische Zweckorganisationen, die sogenannten «Political Action Committees» (PAC, politische Aktionskomitees) zu errichten. Die AFL hat, nachdem der Kongreß das Taft-Hartley-Gesetz gegen die Gewerkschaften beschlossen hatte, im Jahre 1947 eine «Labor's League for Political Education» (Arbeiterliga für politische Erziehung) gegründet, die in den Wahlen des Jahres 1948 zum erstenmal aktiv war und seither ihre Organisation wesentlich erwei-

tert hat. Die Eisenbahnergewerkschaften haben nun auch ihre politischen Zweckorganisationen; selbst eine Gewerkschaft wie diejenige der Bergarbeiter, die noch am zähesten an der unpolitischen Tradition der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung festzuhalten schien, hat nun «Labor's Non-Partisan League» (unparteiische Arbeiterliga), die zwar von allen bestehenden Parteien unabhängig ist — wie übrigens auch alle andern gewerkschaftlichen Zweckorganisationen auf diesem Gebiete —, die aber ebenso wie diese die politische Aktion der Gewerkschaftsmitglieder organisieren und ihren politischen Einfluß zur Geltung bringen soll.

Der politische Einfluß der Gewerkschaften hängt zunächst von ihrer Fähigkeit ab, ihre Gewerkschaftsmitglieder in Wähler zu verwandeln. In den Vereinigten Staaten ist die Wahlbeteiligung verhältnismäßig gering. Es hat bisher noch keine Wahl gegeben, an der mehr als fünfzig Prozent der an sich Wahlberechtigten teilgenommen hätten. Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß die Arbeiter und vor allem die Arbeiter in den wirtschaftlich rückständigen Teilen des Landes, wie im Süden, von ihren politischen Rechten in der Regel nur einen sehr dürftigen Gebrauch gemacht haben. Die wichtigste Voraussetzung für den politischen Einfluß der Gewerkschaften ist also eine große Wahlbeteiligung, zu der vor allem die Arbeiter und Angestellten beitragen. Da es hier in den meisten Staaten keine ständigen Wählerlisten gibt, ist die Registrierung vor den Wahlen eine wichtige politische Aktion. Auf sie konzentriert sich die politische Vorbereitungsarbeit der Gewerkschaften. Wenn es ihnen gelänge, die Wahlbeteiligung auf 60 bis 70 Prozent der Wahlberechtigten zu erhöhen, würde das einer grundlegenden, ja beinahe revolutionären Veränderung der Voraussetzungen des politischen Lebens gleichkommen. So darf man die Bedeutung der Tatsache nicht unterschätzen, daß die politische Organisationsarbeit der Gewerkschaften sich ausnahmslos vor allem auf die Registrierung der Arbeiterwähler konzentriert. Das hat in verschiedenen Teilen des Landes seine besondere soziale und politische Bedeutung. In vielen Südstaaten gibt es eine sogenannte «Poll Tax», eine Wahlsteuer; nur wer eine Kopfsteuer entrichtet hat, kann wählen. An sich ist die Steuer nicht hoch, aber sie hat insbesondere in der Vergangenheit die Wirkung gehabt, die Neger vom Wahlrecht auszuschließen. Die Gewerkschaften haben nun in den industriellen Zentren der Südstaaten dafür gesorgt, daß die Neger in die Lage versetzt werden, die «Poll Tax» — für deren Abschaffung die Gewerkschaften selbstverständlich einen sehr entschiedenen Kampf führen — zu bezahlen, so daß sich in den letzten Jahren die Zusammensetzung der Wähler im Süden gründlich zu verändern beginnt. Das ist nicht nur für die Entfaltung des gewerkschaftlichen Einflusses wichtig, sondern darüber hinaus die Grundlage für eine allmähliche Ueberwindung der rückständigen sozialen und politischen Vorrechte



der Weißen in den Südstaaten. Hier sind die Gewerkschaften einer der wichtigsten Wegbereiter des allgemeinen Fortschritts.

Selbstverständlich versuchen die Gewerkschaften das Interesse an den Wahlen auch nach der Registrierung lebendig zu erhalten, damit die registrierten Wähler am Wahltag auch wirklich zur Wahl gehen. Denn je mehr Arbeiterwähler in einem Wahlkreis vorhanden sind, desto mehr müssen sich die Mandatare nach der Stimmung und den Bedürfnissen ihrer Wähler richten. Es gibt in Industriezentren der Vereinigten Staaten nur sehr wenige Kongreßmitglieder, die sich dauernd über die Forderungen ihrer Wähler hinwegsetzen könnten. Was immer auch ihre offizielle Parteizugehörigkeit sein möge, in Abstimmungen, bei denen jeder einzelne Abgeordnete und Senator nicht nach Parteidisziplin, sondern nach der wirklichen oder vermeintlichen Stimmung der Wähler zu entscheiden versucht, ist maßgebend, was die Wähler zu dieser oder jener Haltung sagen werden. Selbstverständlich gibt es eine Reihe verfälschender Einflüsse: große Wirtschaftsorganisationen, die die Parlamentarier beeinflussen, versprechen, ihnen auch genügend Geld für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen, um das wahre Bild zu verwischen und die Wähler zu täuschen. Hier setzt die zweite Aufgabe der politischen Zweckorganisationen der Gewerkschaften ein: die Wähler aufzuklären und das Kongreßmitglied für alle seine politischen Missetaten und Unterlassungen verantwortlich zu machen oder jene, die für die Arbeiter und ihre Interessen gestimmt haben, gegenüber Angriffen zu verteidigen. Das ist nicht so leicht wie in Ländern, in denen es politische Arbeiterparteien und eine politische Arbeiterpresse gibt, die den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern garantieren, daß die politischen Erwählten im Sinne der Arbeiterwähler stimmen. In diesem Sinne ist die politische Aktion der amerikanischen Gewerkschaften viel komplizierter und verantwortungsvoller, weil sie selbst sich eine Meinung über jeden einzelnen Parlamentarier — und selbstverständlich auch über die verschiedenen Präsidentschaftskandidaten — bilden müssen. Dieser Teil der politischen Arbeit der Gewerkschaften hängt freilich sehr eng mit ihrer Stellung zu den politischen Parteien zusammen.

### *Die Gewerkschaften und die politischen Parteien*

In den Vereinigten Staaten gibt es im politischen Leben die beiden traditionellen Parteien und sonst in Wirklichkeit keinen andern maßgebenden Faktor. In beiden Parteien, die nur sehr lose Gebilde sind, gibt es eine Menge Interessen und Richtungen; niemand ist vor der Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten in beiden Parteien ganz sicher, nach welcher Richtung jede der beiden Parteien gehen wird. Denn der Kandidat für die Präsidentschaft ist entscheidend. Aber neben ihm und neben dem gewählten Präsidenten gibt es



noch immer eine Unzahl von auseinanderstrebenden Interessen in jeder der beiden, auch der siegreichen Partei, und nur ein politischer Magier wie Franklin D. Roosevelt war imstande, Jahre hindurch die widerstrebenden Flügel der Demokraten zusammenzuhalten. Darum ist neben der Haltung der Gewerkschaften zum Präsidenten und, vor der Wahl, zu den Präsidentschaftskandidaten ihr Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten für den Kongreß und der Einfluß auf die Gewählten für die Gewerkschaften fast ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger.

So ist es nicht verwunderlich, daß auch in der gegenwärtigen Wahlkampagne die Gewerkschaften bisher mehr Interesse an der Wahl eines fortschrittlichen Kongresses als an dem Kampf zwischen den verschiedenen Aspiranten um die Präsidentschaft gezeigt haben. Das ist politische Kleinarbeit, die sich auf die einzelnen Wahlkreise und ihre politischen Unterabteilungen erstreckt. Hier sind die Gewerkschaften im bisherigen Wahlkampf aktiver gewesen als bei den großen und scheinbar sensationellen politischen Vorfeldkämpfen zwischen den verschiedenen Kandidaten.

Dazu kommt, daß es noch durchaus fraglich ist, ob die Gewerkschaften sich diesmal offiziell für einen der beiden Kandidaten erklären werden. Die AFL hat bisher in ihrer jahrzehntelangen Geschichte ein einzigesmal einen Präsidentschaftskandidaten zur Wahl empfohlen; das war im Jahre 1924, als Robert La Follette, der Ältere, als progressiver Präsidentschaftskandidat auftrat und von der gesamten Arbeiterbewegung unterstützt wurde. Es war einer der Versuche, eine dritte Partei in der amerikanischen Politik zu begründen, ein Versuch, der ebenso wie alle andern bisher, gescheitert ist. Aber seither hat die AFL niemals einen Kandidaten für die Präsidentschaft befürwortet, auch nicht Franklin D. Roosevelt oder Truman. Es ist fraglich, ob es im heurigen Wahlkampf zu einem solchen «Endorsement», der offiziellen Erklärung für einen der beiden Kandidaten — es wird keine dritte Partei in der heurigen Kampagne geben — kommen wird. Tagungen des Exekutivausschusses der AFL haben sich mit dieser Frage bereits beschäftigt, aber die Frage offen gelassen. Die AFL hat vor zwei Jahren beschlossen, ihre Jahrestagung anstatt im November im September abzuhalten, um auf diese Weise die technische Möglichkeit zu schaffen, durch das höchste Forum der AFL in den Kampf um die Präsidentschaft durch die Empfehlung eines Kandidaten aktiv einzugreifen. Der CIO, der mit der politischen Aktivität früher begonnen und sie hauptsächlich zur Unterstützung und Sicherung der fortschrittlichen Politik Roosevelts unternommen hat, hat seit 1944 immer den demokratischen Kandidaten, also Roosevelt und Truman, unterstützt. Da es kaum zweifelhaft ist, daß die Demokraten keinen Kandidaten aufstellen werden, der als arbeiterfeindlich gilt — das würde in der gegenwärtigen Situation für die Demokraten politischen Selbstmord bedeuten —, ist

wohl anzunehmen, daß der CIO an seiner Verbindung mit den Demokraten festhalten wird.

Wie weit sind die Gewerkschaften an die Demokraten gebunden? Wie weit hat sich die von Roosevelt begründete und von Truman mit großer Entschiedenheit fortgesetzte Politik der Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung eingelebt? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, weil die Gewerkschaften, sowohl für die Führer der Organisationen wie die Masse der Mitglieder, mit den Erfolgen der Politik der Demokraten vor allem im Kongreß höchst unzufrieden ist. Einer der ältesten und erfahrensten AFL-Führer, der Präsident der Gewerkschaft der Chauffeure (Teamsters), *Daniel Tobin*, hat in der Mainummer des offiziellen Organs seiner Gewerkschaft, «The International Teamster» über die politische Lage geschrieben:

«So arg zum Narren gehalten ist die Arbeiterschaft niemals geworden — und ich war einigermaßen aktiv im Jahre 1904 und 1908 für Bryan (den damaligen demokratischen Präsidentschaftskandidaten) und im Jahre 1912, als Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde, ich war in all den Jahren aktiv unter den verschiedenen Präsidenten — aber ich wiederhole, daß die Arbeiterschaft niemals so zum Narren gehalten worden ist, wie in den letzten vier und fünf Jahren...»

Tobin war, wie er ausführt, nicht nur mit den Demokraten schon zu Beginn des Jahrhunderts eng verbunden, sondern auch unter Roosevelt; Tobin war bei allen Kandidaturen Roosevelts der Leiter der Arbeiteragitation der Demokratischen Partei. Daß er sich nun über die Behandlung der Arbeiterschaft unter der demokratischen Administration so enttäuscht zeigt, ist gewiß kennzeichnend für das Gefühl vieler Gewerkschaftsführer, auch derer, die das amerikanische Zweiparteiensystem durchaus akzeptieren und sich gar nicht nach einer dritten oder Arbeiterpartei sehnen. Daß Tobin anscheinend über die Haltung der Demokraten im Kongreß und die rückschrittliche Koalition der südlichen Demokraten mit den Republikanern so ungehalten ist, kann auf die endgültigen Entscheidungen der AFL auf die Haltung zu den Präsidentschaftskandidaten großen Einfluß haben.

Was den CIO betrifft, so ist er mit dem fortschrittlichen Flügel der Demokraten und vor allem mit Roosevelt und Truman persönlich viel enger verbunden gewesen als die AFL. Es ist daher anzunehmen, daß der CIO sich eher bereit finden wird, den demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft aktiv zu unterstützen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die jüngern CIO-Gewerkschafter unter der geistigen Führung des Präsidenten der Automobilarbeitergewerkschaft, *Walter Reuther*, stehen, den Gedanken an eine politisch selbständige Arbeiterbewegung noch nicht aufgegeben haben und gerade darum von der gegenwärtigen Methode der politischen Vertretung der Arbeiterinteressen durch Koopera-



tion mit einzelnen fortschrittlichen Politikern *beider* Parteien nicht begeistert sind.

Aber da die politische Unterstützung durch die Gewerkschaften eine individuelle Beziehung zwischen einem Parlamentarier, der für Arbeiterinteressen stimmt, und der Gewerkschaft ist, die die notwendigen Wählerstimmen für ihn zu liefern versucht, wird sich auch bei den Novemberwahlen die Situation ergeben, daß viel mehr Demokraten als Republikaner von den politischen Zweckorganisationen der Gewerkschaften unterstützt werden dürften und daß der demokratische Präsidentschaftskandidat und sein Programm als fortschrittlicher und gewerkschaftsfreundlicher beurteilt werden. So werden im allgemeinen die Gewerkschaften auch in den heutigen Wahlen die Demokratische Partei unterstützen.

### *Halten sich die Arbeiter an die politischen Parolen der Gewerkschaften?*

Amerika ist ein Land des Individualismus. Ebensowenig wie das einzelne Kongreßmitglied an die offizielle Politik seiner Partei gebunden ist, ebensowenig wird es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, daß zum Beispiel die Angehörigen einer Gewerkschaft sich nach deren *politischen* Parolen richten, so sehr sie in rein wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Fragen Disziplin halten mögen.

Es gibt hierfür ein berühmtes Beispiel. Als im Jahre 1940 John L. Lewis zur allgemeinen Ueberraschung gegen Präsident Roosevelts Wiederwahl auftrat, ließen sich die Bergarbeiter, für die John L. Lewis die höchste gewerkschaftliche Autorität darstellt, nicht abhalten, für Roosevelt zu stimmen; er hatte, wie leicht nachzuweisen war, gerade in den Bergarbeiterdistrikten starke Mehrheiten. Das hat sich 1944 und auch 1948 wiederholt. Man kann sagen, daß die Massen der Arbeiter in den letzten Wahlen, zweifellos ebenso unter dem Eindruck der Bedeutung des New Deal und des Fair Deal wie unter dem Einfluß gewerkschaftlicher Parolen, im allgemeinen für die Demokraten gestimmt haben.

Aber man wird gut tun, die Unabhängigkeit auch der Gewerkschaftsmitglieder in politischen Fragen nicht zu unterschätzen. Sie kann freilich auch in einer Apathie gegen Politik oder gegen politische Parolen der Gewerkschaften bestehen. Taft, der Autor des von den Gewerkschaften scharf bekämpften Gesetzes gegen die Gewerkschaften, wäre im Jahre 1950 nicht mit einer so großen Mehrheit in den Senat wiedergewählt worden, wenn die Gewerkschaften mit ihrer Agitation gegen Taft in den hoch industrialisierten Zentren des Staates Ohio mehr Widerhall gefunden hätten — oder wenn Tafts demokratischer Gegenkandidat eine stärkere Persönlichkeit gewesen wäre. Bei allen politischen Kombinationen darf man nämlich nicht vergessen, daß Personenfragen in einem so individuali-

stischen Lande wie den Vereinigten Staaten bei der Auswahl zwischen mehreren Kandidaten eine große Rolle spielen und daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft in Amerika weniger als anderswo ein weltanschauliches oder auch nur ein Bekenntnis zur Klassenzugehörigkeit bedeutet.

Kürzlich wurde ein «Poll» unter Gewerkschaftsmitgliedern durchgeführt, der feststellen sollte, wie Gewerkschaftsmitglieder über politische Parolen der Gewerkschaften denken und welche Organisationen sie beeinflussen mögen. Solche «Polls» sind hierzulande sehr beliebt, obwohl sich wiederholt gezeigt hat, daß gerade in politischen und sozialen Fragen ihr Erkenntniswert recht beschränkt ist. Immerhin hat dieser von dem bekannten «Pollster» Elmo Roper durchgeführte Poll ergeben, daß von den befragten Gewerkschaftsmitgliedern nur 39 Prozent der Meinung waren, daß die Gewerkschaften «gute Ideen über Kandidaten» hätten, während 24 Prozent meinten, die «American Legion», eine Organisation gedienter Soldaten, und 17,5 Prozent, daß die Kirchen solch gute Ideen hätten. 33 Prozent wußten von keiner Organisation, von der sie solche Ratschläge annehmen würden. Von den befragten Gewerkschaftsmitgliedern waren nur 23% der Meinung, daß sie mit den Vorschlägen der Gewerkschaften über Kandidaten übereingestimmt hätten, während 17% nicht übereinstimmten. Was aber vor allem wichtig ist: 41% erklärten, sie hätten von solchen politischen Vorschlägen der Gewerkschaften nichts gewußt. Was nur zeigen würde, daß die amerikanischen Gewerkschaften ein weites Arbeitsfeld auf politischem Gebiet noch vor sich haben... Aber man muß solche Ergebnisse von Umfragen mit Vorsicht betrachten. In Wirklichkeit hat sogar Roper zugegeben, daß diese Umfrage offenbar im Widerspruch mit der Tatsache steht, daß die Demokraten bei den Wahlen in den letzten anderthalb Jahrzehnten ihre stärksten Mehrheiten in industriellen Zentren hatten.

Wahrscheinlich ist es in Amerika nicht anders als anderswo: wenn *alle* Arbeiter ihre politischen Rechte gebrauchten und für die richtigen Kandidaten oder Parteien stimmten, würde die Welt anders aussehen. In den Vereinigten Staaten ist eine einheitliche politische Haltung der Arbeiterbewegung noch schwerer als anderswo zu verwirklichen. Es gibt keine *politische* Arbeiterbewegung, und die Gewerkschaften haben sich erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit entschlossen, diese neue Aufgabe auf sich zu nehmen. Die Spaltung der Spitzenorganisationen in AFL und CIO ist für eine einheitliche politische Aktion nicht günstig. Trotzdem darf man feststellen, daß die amerikanischen Gewerkschaften, wie immer die kommenden Präsidentenwahlen ausgehen werden, in wenigen Jahren ein politischer Machtfaktor geworden sind und es auch bleiben werden.

Otto Leichter, Newyork.